

Evaluierung des Palästina-Programms
der Heinrich-Böll-Stiftung

**ZUSAMMENFASSUNG DES
EVALUATIONSBERICHTS**

15.03.2019

Dr. Muriel Asseburg und Michaela Raab

Zweck, Gegenstand und methodisches Vorgehen

Die vorliegende externe Evaluierung ist Teil der zwischen der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vereinbarten Routine zur Rechenschaftslegung. Ihr Fokus liegt auf dem Palästina-Programm, das die Komponenten „Umweltgerechtigkeit“ (A), „Menschenrechte und Demokratie“ (B) und „Außenpolitik und politische Analyse“ umfasst. Darunter fallen vielfältige, aus BMZ-Mitteln finanzierte, Projekte und Einzelmaßnahmen in Westjordanland, Ost-Jerusalem und Gaza-Streifen. Ergänzt werden diese durch die Arbeit zu Palästina in der Zentrale sowie Delegationsreisen in beide Richtungen. Daneben verantwortet das Ramallah-Büro die Arbeit der hbs in Jordanien, die nicht Gegenstand unserer Evaluierung war. Die Evaluierung bezieht sich auf den Zeitraum 2013-2018. Wir wandten – wie im Auftragsrahmen vorgesehen – einen qualitativen Ansatz an, der überwiegend Daten aus (i) der von der hbs in Berlin und Ramallah zur Verfügung gestellten Dokumentation und (ii) 24 Einzelinterviews und zehn Gruppendiskussionen mit hbs-Mitarbeiter*innen, lokalen Partner*innen und externen Fachleuten sammelte und auswertete. Unser Vorgehen und unsere Beobachtungen diskutierten, validierten und ergänzten wir in zwei Workshops mit allen hbs-Mitarbeiter*innen in Ramallah. Somit konnten wir Erkenntnisse aus der Dokumentenanalyse, den Interviews und Workshops triangulieren.

Politische Rahmenbedingungen

Die Palästina-Arbeit der hbs findet in einem immer schwieriger werdenden lokalen, regionalen und internationalen Kontext statt. Dieser ist geprägt durch das Fehlen einer Perspektive der Konfliktregelung, die Verfestigung der israelischen Besatzung und den schleichenden Übergang zu einer de facto Annexion von Teilen des Westjordanlandes, die Blockade des Gaza-Streifens und die Isolierung Ost-Jerusalems. Die Trump-Administration hat zu einer weiteren Verschlechterung der Situation beigetragen. Ihre Vertreter haben eine unklare Haltung zu einer Zweistaatenregelung an den Tag gelegt und versucht, Endstatusfragen wie den Status Ost-Jerusalems und die Regelung der Flüchtlingsfrage vom Tisch zu nehmen. In diesem Zusammenhang haben sie auch die finanzielle Unterstützung für die palästinensische Autorität (PA), die palästinensische Zivilgesellschaft und UNRWA eingestellt. Im Februar 2019 hat Israel zudem seine Transferleistungen an die PA deutlich reduziert. In den palästinensischen Gebieten haben sich seit 2007 infolge der innerpalästinensischen Teilung zwei parallele, zunehmend autoritäre Regierungssysteme verfestigt. Eine effektive Gewaltenteilung besteht in keinem der beiden Systeme mehr. Der Spielraum für Zivilgesellschaft, Opposition und kritischen Journalismus ist in beiden Teilen Palästinas zunehmend eingeschränkt worden. Zusätzlich haben sich auch im deutschen Diskurs die Handlungsspielräume infolge einer stark polarisierten Debatte zunehmend verengt. Dies ist nicht zuletzt die Folge von antipalästinensischen Kampagnen der israelischen Regierung und von israelischen bzw. israelfreundlichen Organisationen. Die geschlechterpolitische Situation in Palästina ist vom Zusammenwirken von patriarchalischen Rollenvorstellungen, diskriminierenden Gesetzen und spezifischen Auswirkungen von Besatzungsregime und Gewaltkonflikt auf Frauen und Mädchen geprägt. Frauen sind nach wie vor weit von Chancengleichheit entfernt. Für die Rechte von LSBTIQ setzen sich nur wenige offensiv ein; Sensibilisierungsarbeit für das Menschenrecht auf sexuelle Orientierung ist notwendig und durchaus möglich.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Palästina

Die Palästina-Arbeit des hbs-Büros in Ramallah umfasst drei thematische Komponenten: (A) Umweltgerechtigkeit, (B) Menschenrechte und Demokratie und (C) Außenpolitik und politische Analyse. Zivilgesellschaftliche Teilhabe und der Bezug auf Menschenrechte (einschließlich Geschlechtergerechtigkeit) ziehen sich als roter Faden durch alle Ziele. Das Jahresbudget des Büros belief sich 2014-2018 auf insgesamt etwa 725.000 bis 822.000 Euro, davon etwa 375.000 bis 460.000 Euro für Maßnahmen in und zu Palästina. Ein kleinerer Anteil – etwa 62.000 bis 107.000 Euro – wurde für Maßnahmen in Jordanien (Komponente A) und regionale Aufgaben genutzt. Das Gros der Palästina-Maßnahmen führten Organisationen der Zivilgesellschaft im Westjordanland, Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen durch. Komponente B dominiert im Betrachtungszeitraum mit einem Jahresbudget von etwa 167.000 bis 250.000 Euro und mehr als der Hälfte der Maßnahmen.

Der Beobachtungszeitraum war von Personalwechseln auf einem Gros der Posten geprägt: Die aktuelle Büroleiterin ist seit Oktober 2015 im Amt. Beide Programmkoordinationsstellen wurden 2018 neu besetzt; im Fall des Umweltkoordinators handelt es sich um den dritten Wechsel in vier Jahren. Für 2019 ist eine Zweitentsendung geplant; diese Person soll überwiegend die Arbeit in Jordanien koordinieren. Das Ramallah-Büro ist die einzige Vertretung der Stiftung in Palästina; Partnerorganisationen in Ost-Jerusalem und im Gaza-Streifen werden von den hbs-Mitarbeitenden von Ramallah aus besucht. Reisen nach Gaza und Ost-Jerusalem sind sowohl in der Vorbereitung als auch der Durchführung zeitlich sehr aufwändig. Das israelische Genehmigungssystem erhöht nicht nur den Arbeitsaufwand der hbs beträchtlich; es erschwert auch massiv den Austausch zwischen Partnerorganisationen in Westjordanland, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem.

Relevanz und Kohärenz, Zusammenarbeit mit Partner*innen und Nachhaltigkeit

Thematisch ist die hbs in Ramallah sehr gut auf wichtige gesellschaftliche und politische Herausforderungen in Palästina ausgerichtet. Mit den Themen Umweltgerechtigkeit und Genderdemokratie, inklusive der Arbeit im Bereich LSBTIQ, setzt sie zudem inhaltliche Schwerpunkte, die sich deutlich von denen anderer politischer Stiftungen absetzen („Alleinstellungsmerkmal“). Gerade angesichts der Übergangsphase, in der sich Palästina befindet, ist auch die Themenkomponente (außen-)politische Analyse von höchster Relevanz. Das Partnerspektrum der hbs Ramallah umfasst viele etablierte und in Palästina sehr angesehene Organisationen, insbesondere unter den strategischen Partnern, und weist grundsätzlich einen guten Mix an alteingesessenen NROs und neueren bzw. kleineren Initiativen jüngerer Palästinenser*innen auf. Es fällt allerdings auf, dass sich weder eine feministische Organisation unter den strategischen Partnern findet, noch dass Geschlechtergerechtigkeit/-demokratie systematisch in alle Programmkomponenten integriert wird.

Grundsätzlich werden alle palästinensischen Teilgebiete (Westjordanland, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem) bespielt. Allerdings führen die Beschränkungen durch die israelische Genehmigungspraxis dazu, dass insbesondere die Präsenz im Gaza-Streifen stark eingeschränkt ist. Geplant ist eine Ausweitung der Arbeit um Kooperationen mit der Menschenrechtsorganisation *Al-Mezan* im Bereich Umweltgerechtigkeit (Komponente A) und mit dem *Haidar Abdel Shafi Center for Culture and Development* zur politischen Bildung Jugendlicher (Komponente B).

Der Ansatz, insbesondere in den Komponenten A und B, vor allem auf Medienarbeit (sowohl klassische als auch elektronische Medien) zu setzen, erlaubt es, sowohl die gesellschaftlichen als auch die politischen Zielgruppen vor Ort zu erreichen – umso mehr, wenn Medienarbeit mit Veranstaltungen kombiniert wird, zu denen Entscheidungsträger eingeladen werden.

Die Beziehungen zu den Partnerorganisationen sind von Vertrauen geprägt. Allerdings verdrängt die formale Rechenschaftslegung oft die Auseinandersetzung mit Zielen, Strategien und Erfahrungen der Partnerorganisationen.

In den letzten Jahren wurden einige arbeitsintensive Maßnahmen vom hbs-Büro in Eigenregie durchgeführt. Dies erscheint uns aus entwicklungspolitischer Perspektive wenig nachhaltig. Wandel in Palästina kann zwar durchaus von der hbs angestoßen werden; die Träger*innen müssen aber lokale Organisationen und Initiativen sein. Während einige Eigenmaßnahmen die Arbeit der Partnerorganisationen sinnvoll ergänzen, etwa die *Boell Debates* zu den Veröffentlichungen von *Al-Shabaka*, binden andere (*Perspectives*, Ausstellung zu 50 Jahren Besatzung) ein hohes Maß an Energie und Arbeitszeit, die strategisch sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Planung und Steuerung

Die „Genderorientierte Programmplanung“ (GOPP) des Ramallah-Büros weist prozesshafte, offen formulierte Ziele auf, die sich gut zur Rechenschaftslegung eignen, aber wenig Hilfestellung bei der internen Prioritätensetzung und der Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie geben. Insgesamt ermöglichen es die relativ breit angelegten Ziele, ein breites Spektrum von Organisationen und Aktivitäten zu fördern und flexibel auf Veränderungen im Umfeld einzugehen. Geschlechterdemokratie und Gender tauchen im Antrag 2017-2019 in den Ober- und Programmzielen als

Stichworte auf – allerdings ohne Eingrenzung auf spezifische Zielgruppen und ohne Präzision zu den erwarteten geschlechterpolitischen Wirkungen. Die meist Output-orientierten Indikatoren machen es leicht, Aktivitäten nachzuhalten, verstellen aber den Blick auf mittel- und längerfristige Wirkungen, die auch im Partnerdialog relativ wenig angesprochen werden.

Strategische Steuerung und Partnerdialog leiden auch unter der insgesamt hohen, uneben verteilten Arbeitslast innerhalb des Teams und Lücken bei der Einarbeitung und Fortbildung in zentralen Arbeitsbereichen (etwa Geschlechterpolitik) und Managementtechniken. Auch auf Ebene der Programmplanung verdrängt die formale Rechenschaftslegung die Auseinandersetzung mit Zielen, Strategien und Erfahrungen der Partnerorganisationen.

Zielerreichung und Wirkungen des Programms

Im Beobachtungszeitraum hat das Ramallah-Büro seine Programmziele insofern erreicht, als die hbs und ihre Partnerorganisationen sinnvolle Beiträge zu den anvisierten Veränderungsprozessen bzw. zu den Voraussetzungen für Veränderung leisteten. Partnerorganisationen haben rechtebasierte Analysen und entsprechende Diskurse zu Ressourcenmanagement vertieft und in die Öffentlichkeit gebracht (Programmziele A1 und A2); zivilgesellschaftliche Akteur*innen, insbesondere jüngere Menschen, verbesserten ihre Fähigkeiten, auf soziale und politische Änderungen hinzuwirken (Programmziel B1); Menschenrechtsorganisationen wurden in ihrer Arbeit gestärkt (Programmziel B2). Schwieriger verhält es sich mit Programmziel B1 (mehr Chancen auf soziale und politische Teilhabe für zivilgesellschaftliche Akteur*innen), da der Kontext schrumpfender Handlungsspielräume die Chancen für zivilgesellschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen einengt. Bei Ziel C stellt sich angesichts des großen Angebots analytischer Produkte die Frage, in welchem Maß die von der hbs erarbeiteten Analysen Berücksichtigung bei der Entscheidungsfindung in der deutschen und internationalen Außenpolitik finden.

Ein wichtiger Störfaktor – und Quelle unerwünschter Wirkungen – sind anti-palästinensische Kampagnen, die zu Selbstzensur der Stiftungsvertreter*innen in Palästina und in Deutschland geführt haben. Vor diesem Hintergrund werden die Kompetenzen der aktuellen Büroleitung, die als ehemalige Radiojournalistin in der Region erfahren in der verbalen Vermittlung komplexer Zusammenhänge ist, (zu) wenig aktiv eingesetzt. In den letzten Jahren haben zudem nur wenige Delegationsbesuche (in beide Richtungen) stattgefunden und sie wurden nicht für publikums- oder politikwirksame Veranstaltungen in Deutschland genutzt. Insgesamt hat die Zentrale ihre Palästina-Arbeit in den letzten Jahren merklich zurückgefahren. Damit werden der hbs Ramallah auch Chancen genommen, stärker in die deutsche Politik und Gesellschaft hineinzuwirken, palästinensische Stimmen in Deutschland zu präsentieren und ihre Partnerorganisationen breiter in Deutschland zu vernetzen.

Umsetzung der Querschnittsaufgabe Geschlechterdemokratie

Das Palästina-Programm unterstützt hochwertige Arbeit anerkannter feministischer und LSBTIQ-Organisationen im Gaza-Streifen, in Ost-Jerusalem und im Westjordanland. Auf regionaler Ebene finden alle zwei Jahre eine feministische Summerschool, auch für den Austausch zwischen Büros, statt. Dennoch bestehen deutliche Lücken bei der Umsetzung der Querschnittsaufgabe Geschlechterdemokratie. So fehlen konkrete geschlechterpolitische Unterziele, Handlungs- und Beobachtungsfelder. Die im Dokument „*Gender-Analyse Palästinensische Gebiete und Jordanien 2018*“ formulierten prioritären Ziele werden nicht überzeugend aus der Analyse abgeleitet und spiegeln die Prioritäten der Partnerorganisationen nur teilweise wieder. Insgesamt scheint uns die Kompetenz im Team in diesem Bereich schwach ausgeprägt. Den Mitarbeiter*innen mangelt es an entsprechenden Trainings und Ansprechpartner*innen in der Zentrale. Insbesondere die Haltungen zum Thema LSBTIQ im Team sind von Kenntnismangel und Berührungängsten geprägt.

Empfehlungen

➤ *Strategisch planen*

Um unter den schwierigen Rahmenbedingungen flexibel und zielstrebig auf die angestrebten Wirkungen hin arbeiten zu können, sollte das Ramallah-Team seine mittel- bis längerfristigen Strategien systematischer planen. Wir empfehlen deshalb, den Prozess mit einer Gender-Sensibilisierung und einer gemeinsamen geschlechterpolitischen Analyse zu beginnen, dann die Erfahrungen des vorhergehenden Dreijahreszyklus kritisch unter die Lupe nehmen und mittel- bis langfristige Ziele, Ansätze und Indikatoren für die kommenden Jahre festzulegen. Auch die konkrete Arbeit im Büro sollte systematischer geplant werden, so dass klare Prioritäten gesetzt werden und ausreichend Zeit für Ungeplantes bleibt. Eventuell wäre für das neue Team ein Workshop zu Zeitmanagement hilfreich.

➤ *Strategische Partnerwahl*

Auf der Grundlage der Planungsklausur sollte das Ramallah-Team sein Partnerportfolio überprüfen. Eine aktive Suche nach Partnerorganisationen, die zu den strategischen Zielen passen, ist dabei dem (ebenso zeitaufwändigen) Reagieren auf eine Vielzahl von Projektanträgen vorzuziehen. Freiwerdende Mittel würden es erlauben, zumindest eine feministische Organisation zum strategischen Partner zu machen. Auch sollte überdacht werden, ob und wie Lücken, die durch den Wegfall der Partnerschaft mit *Masarat* und der weniger intensiven Zusammenarbeit mit *Muwatin* in den Bereichen Versöhnungs- und Demokratiewerk (Komponente B) entstanden sind, wieder gefüllt werden können. Sinnvoll erscheint die Ausweitung der Analyse in Komponente C auf innen- und sozialpolitische Fragen. Grundsätzlich scheint es uns wichtig, Partnerorganisationen auszuwählen, die der Fragmentierung der palästinensischen Gesellschaft entgegenwirken, also mit ihren Aktivitäten eine Brücke zwischen Westjordanland, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem schlagen können. Es wäre zudem sinnvoll, stärker darauf zu achten, dass Projekte nicht nur der Befähigung zur politischen Teilhabe dienen, sondern direkt auf politische Teilhabe ausgerichtet sind – etwa durch die Einbindung von Vertreter*innen der PA und der De-Facto-Regierung in Veranstaltungen oder durch die Stärkung politischer Beteiligung von Jugendlichen/jungen Menschen und Frauen vor allem auf der lokalen Ebene.

Wichtig scheint uns, wie bereits in die Wege geleitet, die Ausweitung des Partnerspektrums im Gaza-Streifen. Es sollte darüber hinaus auch geprüft werden, ob es möglich ist, dort eine stärkere Präsenz aufzubauen, etwa durch eine geeignete Ortskraft.

Zusätzliche Drittmittelfinanzierungen verursachen Verwaltungsaufwand und tragen nicht unbedingt zu den strategischen Zielen der hbs bei. Aufgrund des schon derzeit hohen Arbeitsaufkommens im Team sollte auf absehbare Zeit davon Abstand genommen werden, solche Mittel einzuwerben.

➤ *Partnerschaften auf Augenhöhe*

Die Beziehungen zu den Partner*innen würden davon profitieren, wenn die Austauschfrequenz erhöht würde und wenn dabei der inhaltliche bzw. strategische Austausch im Vordergrund stünde. Partner*innen, die gut zu den strategischen Zielen der hbs-Arbeit passen und die zudem hohes Ansehen in der palästinensischen Zivilgesellschaft genießen, sollte durch Unterstützung von Fortbildungsmaßnahmen geholfen werden, die Qualität ihrer Produkte zu erhöhen und diese stärker auf die Zielgruppen zuzuschneiden. Generell scheint uns, dass eine Diskussion mit Partner*innen in Bezug auf zielgruppengenaue Medien- und Advocacy-Arbeit sinnvoll wäre.

Wir empfehlen eine deutliche Reduzierung besonders zeitraubender Eigenmaßnahmen, insbesondere bei Publikationen (u.a. *Perspectives*). Die Umwelt-Sommerschule der Stiftung in Jordanien sowie die *Boell Debates* und ähnliche Veranstaltungen im hbs-Büro sollten jedoch als wichtige Instrumente für Austausch und Debatten beibehalten werden. Eine entsprechende Reduzierung der Eigenmaßnahmen würde auch Ressourcen für andere Aktivitäten freisetzen.

Im Sinne einer partnerschaftlichen Beziehung empfehlen wir, die Hauptpunkte aus diesem Evaluierungsbericht und die daraus gezogenen Schlüsse mit den Partnerorganisationen zu teilen.

➤ **Geschlechterpolitisch arbeiten**

Um dem Anspruch der Stiftung gerecht zu werden, sollte das Ramallah-Büro die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie systematischer umsetzen. Feministische Organisationen – auch über das Partnerspektrum hinaus – können die hbs und ihre Partnerorganisationen bei der Stärkung ihrer geschlechterpolitischen Arbeit beraten und zusammen mit der Stiftung (fach-) öffentliche Diskussionen anstoßen. Zu LSBTIQ-Themen legen wir dem Ramallah-Team nahe, die mit Sensibilisierungs-Workshops erfahrene Partnerorganisation *AlQaws* für die Durchführung eines hbs-internen Trainings zu gewinnen. Das Büro sollte seine Arbeit zu LSBTIQ als Teil seines Menschenrechtsportfolios in geeigneten Formaten fortführen.

➤ **Das Ramallah-Team stärken**

Bereits vor der Ankunft der dritten Programmkoordinatorin (Zweitentsendung) sollte das Ramallah-Team die Aufgabenverteilung zwischen den Koordinatorinnen überdenken und neu gestalten, insbesondere, um die aktuelle Koordinatorin der Komponenten B und C (und gfp) zu entlasten.

Neue Mitarbeiter*innen sollten systematischer in die Ziele der hbs, einschließlich der Querschnittsaufgabe Geschlechterdemokratie, und Instrumente eingeführt werden. Regelmäßige Fortbildungen und eine Weiterführung der gemeinsamen Planungs-*Retreats* können das Team als Ganzes und die individuellen Mitarbeitenden kontinuierlich stärken.

➤ **Koordination mit Tel Aviv**

Effektive, regelmäßige Kommunikation zwischen den Ramallah- und Tel Aviv-Büros ist nicht nur bei potentiell rufschädigenden Krisen notwendig, sondern für die Arbeit beider Büros und ihr Hineinwirken nach Deutschland essentiell. Die Neubesetzung der Leitung in Tel Aviv sollte genutzt werden, um gemeinsam mit dem Nahostreferat Ansätze zum Umgang mit Herausforderungen weiter zu entwickeln, bzw. systematisch umzusetzen, die sich aus der herausfordernden Situation der geteilten Zuständigkeiten im Vorstand der hbs ergeben, und Krisen vorzubeugen. Ein monatlicher Jour fixe zum Austausch zwischen den Büroleitungen erscheint uns in diesem Zusammenhang angeraten. Zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens wären extern moderierte Gespräche zwischen den Teams zum Verständnis der jeweiligen Herausforderungen, der Klärung von Konflikten oder Konfliktpotentialen sinnvoll.

In der aktuellen politischen Situation erscheint es hingegen wenig zielführend und potentiell kontraproduktiv, gemeinsame Projekte zwischen den Partnerorganisationen beider Büros zu forcieren.

➤ **Regelmäßige und rechtzeitige Abstimmung**

Ambivalente Haltungen in der Zentrale zur Palästina-Arbeit sollten geklärt und die Ziele der Stiftung zum Nahost-Konflikt von allen hbs-Einheiten ohne Vorbehalte verteidigt werden. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, einen regelmäßigen Austausch über aktuelle Herausforderungen und Planungen der Büros zu pflegen, etwa am Rande der Planungskonferenzen (AMK/RPK). Dazu gehört auch, potentiell kritische Projekte im Vorfeld zu klären und nicht erst in fortgeschrittenem Stadium auf Eis zu legen oder zu unterbinden.

➤ **Advocacy-Arbeit in Deutschland und international**

Die hbs-Zentrale sollte die regionale und fachliche Expertise der Büroleiterin systematischer nutzen, um fundierte Informationen und die Positionen hbs-naher palästinensischer Akteur*innen in (fach-) öffentliche Debatten einzuspeisen. Sie sollte zudem einerseits ihre eigene Position und deren rechtliche Fundamente klar stellen (etwa Überprüfung, ob die hbs vom *False Claims Act* betroffen sein könnte) und andererseits in ihrer politischen Bildungsarbeit gegen anti-palästinensische, anti-arabische und islamophobe Angriffe genauso konsistent wie gegen Antisemitismus eintreten. Es wäre zudem wünschenswert, wenn die Zentrale wieder in eine aktive Palästina-Arbeit einsteigen und dadurch die Arbeit des Büros in Ramallah durch Aktivitäten in Berlin und Brüssel begleiten würde.

➤ **Zielführende Evaluierungen**

Wir empfehlen, künftige Evaluations-ToR in gemeinsamen Prozessen zu entwickeln – etwa in einem Workshop von Ramallah-Büro und Regionalreferat, in dem prioritäre Themen und einige Kernfragen für die Evaluierung identifiziert werden. Weiterhin empfehlen wir, künftige ToR und Evaluationsberichte in der Region direkt in englischer Sprache (bzw. auf Französisch für die Maghreb-Staaten) abfassen zu lassen, damit das gesamte Landes- bzw. Regionalteam den Bericht zeitnah und ohne weiteren Aufwand lesen und diskutieren kann. Eventuelle Sprachbarrieren in Deutschland können mit einer einleitenden Zusammenfassung in deutscher Sprache überwunden werden.

Abkürzungen

AIDA	<i>Association of International Development Agencies</i>
ATCA	<i>Anti-Terrorism Clarification Act</i>
BDS	<i>Boycott, Divestment, Sanctions</i>
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CMC	<i>Community Media Center</i>
CWLRCPC	<i>Center for Women’s Legal Research and Protection and Counselling and Protection</i>
ED	<i>Executive Director</i>
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FU Berlin	Freie Universität Berlin
GJU	German-Jordanian University
GOPP	Gender-orientierte Programmplanung
hbs	Heinrich-Böll-Stiftung
IJS	<i>Institute for Jerusalem Studies</i>
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
LSBTIQ	Lesbisch, schwul, bi-, transgender, intersexuell und queer
M&E	Monitoring und Evaluation
NPA	<i>Norwegian People’s Aid</i>
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD-DAC	<i>Organisation for Economic Cooperation and Development – Development Assistance Committee</i>
PA	Palästinensische Autorität
PC	<i>Programme Coordinator</i>
PENGON	<i>Palestinian Environmental NGO Network</i>
RPK	Regionalplanungskonferenz
SDGs	<i>Sustainable Development Goals (nachhaltige Entwicklungsziele)</i>
Stv.	Stellvertretende/r
ToR	<i>Terms of Reference</i>
UNRWA	<i>United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East</i>
VB	Vertretungsbüro